

Vom Bundesvorstand einstimmig verabschiedet

Helmut Kohl: Beide Leitanträge sind eine gute Grundlage für den Bundesparteitag

Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Heiner Geißler stellten am Mittwoch, 20. April 1988, die in Königswinter auf einer Klausurtagung des Bundesvorstandes der CDU einstimmig beschlossenen Leitanträge zum 36. Bundesparteitag (13. bis 15. Juni in Wiesbaden) vor. Dabei erklärte Helmut Kohl vor der Bonner Presse: In der CDU findet zur Zeit eine intensive Diskussion über wichtige Fragen der Zukunftsgestaltung statt. Da es Mißverständnisse gegeben hat, möchte ich zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen machen.

Ich bedauere, daß es im Zusammenhang mit der Vorlage der Kommissionsentwürfe Diskussionsbeiträge gegeben hat, die zum Teil Unkenntnis der Texte verrieten, zum Teil unsachlich waren und zum Teil Sachfragen personalisierten. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß Generalsekretär Heiner Geißler bei der Vorbereitung der Leitanträge im Auftrag des Bundesvorstands gehandelt hat.

Für die Diskussion in der Partei bleibt wegweisend das bewährte Grundsatzprogramm von Ludwigshafen. „Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott“, so heißt es in diesem Grundsatzprogramm. Auf dieser Grundlage wendet sich die Christlich Demokratische Union Deutschlands an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Volkes.

Unterschiedliche Standpunkte werden in der Union durch gemeinsame Werte und Ziele zusammengeführt. Das christlich-soziale Engagement ver-

Diese Ausgabe enthält die Leitanträge des Bundesvorstandes des „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ (grüner Teil) und „Unsere Verantwortung in der Welt“ (gelber Teil)

bindet sich mit konservativer Überzeugung und freiheitlich-liberaler Gesinnung. **So ist die CDU weder eine Rechts- noch eine Linkspartei, und sie wird auch weder das eine noch das andere werden. Sie ist die große Volkspartei der Mitte, und sie wird es bleiben.** Ich bin seit fünfzehn Jahren CDU-Bundesvorsitzender und betrachte es als einen zentralen Auftrag, diesen Standort der Partei — Tradition seit über vierzig Jahren — konsequent zu wahren.

Ich sehe gegenwärtig allerdings eine ganze Reihe von Entwicklungen, über die wir — von diesem festen Standort aus — in der CDU gemeinsam nachdenken sollten. Auf dem Bonner Parteitag im letzten Jahr habe ich für dieses Jahr einen „Parteitag der Diskussion“ angekündigt. Die Leitanträge dazu hat der Bundesvorstand der CDU auf seiner Klausurtagung am 17./18. April in Königswinter in einer 15stündigen intensiven Diskussion einstimmig verabschiedet. **Der Bundesvorstand hat auf hohem sachlichen Niveau, in außerordentlich fairer Weise und in freundschaftlicher Atmosphäre die zahlreichen, oft schwierigen Themenbereiche beraten.**

Für die Erarbeitung der Leitanträge haben wir ganz bewußt ein zweistufiges Verfahren gewählt. Zunächst wurden die Diskussionsentwürfe der beiden Kommissionen erarbeitet. Sie haben dann erfreulicherweise zu einer breiten und intensiven Diskussion innerhalb der Partei geführt, insbesondere in den Orts- und Kreisverbänden. Dies zeigen die rund 600 Stellungnahmen, die eingegangen sind.

Die Leitanträge werden in dieser Woche an die antragsberechtigten Gliederungen der Partei versandt. Antragsschluß für die Parteigliederungen ist der 15. Mai. Mit der intensiven innerparteilichen Diskussion zeigt die CDU, daß sie bewußt auch schwierige, kontroverse Fragen aufgreift,

die für die Zukunft unseres Landes besonders bedeutsam sind, und sich damit auf allen Ebenen auseinanderzusetzen weiß.

Die Leitanträge sind ein weiterer Beweis dafür, daß die CDU die Volkspartei der Mitte ist. Der Erfolg der CDU besteht darin, daß sie die traditionellen Rechts-Links-Denkmodelle des 19. Jahrhunderts überwunden hat und offen ist für neue Herausforderungen und Fragen.

Der 36. Bundesparteitag in Wiesbaden wird also kein neues Grundsatzprogramm, sondern Beschlüsse zu zentralen Fragen der deutschen Innen- und Außenpolitik verabschieden. Die Beschlüsse basieren auf dem CDU-Grundsatzprogramm von 1978, das unverändert gilt und auch heute noch ein herausragendes und wegweisendes Dokument ist. Daß wir wichtige Themen und künftige Herausforderungen auf Parteitag diskutiert und darüber entscheiden, ist in meiner 15jährigen Amtszeit als Parteivorsitzender selbstverständlich geworden und hat Tradition. Auch seit Übernahme der Regierungsverantwortung ist die CDU dieser Tradition treu geblieben: Ich erinnere an die Stuttgarter Leitsätze (1984), die Essener Leitsätze (1985), das Zukunftsmanifest (1986) und das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987. In der Kontinuität solcher Dokumente, die die konzeptionelle Kraft der CDU belegen, werden auch die Wiesbadener Parteitagsbeschlüsse stehen.

Die beiden Leitanträge gehen aufgrund der Fülle der Themen und wegen ihres Umfangs an die Grenze dessen, was einem Parteitag in zweieinhalb Tagen zumutbar ist. Deshalb hat der Bundesvorstand beschlossen, daß die beiden Themenbereiche Umwelt und Energie sowie Ausländer und Asylbewerber nach sorgfältiger Vorbereitung auf einer der Sitzungen des

Bundesparteiausschusses — der Bundesparteiausschuß ist das höchste beschlußfassende Organ der CDU zwischen den Parteitagten — behandelt und dazu Beschlüsse gefaßt werden.

**Unsere Verantwortung
in der Welt —
Christlich-demokratische
Perspektiven zur Deutschland-,
Außen-, Sicherheits-, Europa-
und Entwicklungspolitik**

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist die CDU die klassische Partei der Außenpolitik. Die Grundlagen und Grundentscheidungen deutscher Außenpolitik sind von Anbeginn an politisch und programmatisch entscheidend von der CDU Deutschlands geprägt worden.

Mit Festigkeit in den Grundsätzen, mit Klarheit und Beständigkeit in den Zielen haben wir in den vergangenen Jahren eine erfolgreiche Außen- und Deutschlandpolitik betrieben. Wir halten im Leitanspruch an unseren bewährten Prinzipien fest und richten unseren Blick in die Zukunft, indem wir Perspektiven für die 90er Jahre entwickeln. Wir unterstreichen damit unseren Anspruch, auch im nächsten Jahrzehnt die bestimmende Kraft in der Außen- und Deutschlandpolitik zu sein.

Zunächst möchte ich erneut unterstreichen, daß wir am Auftrag unseres Grundgesetzes festhalten, „die nationale und staatliche Einheit zu wahren“ und „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit bleibt selbstverständliche Aufgabe deutscher Politik. Wirklichkeitsbezogene Deutschlandpolitik kann jedoch nur das Ziel haben, die deutsche Frage im Rah-

men einer europäischen Friedensordnung zu lösen.

Neutralistische Sonderwege lehnen wir deshalb ab. Für die Verwirklichung des Rechts unseres Volkes auf Selbstbestimmung brauchen wir das Verständnis und die Unterstützung unserer Nachbarn.

Vorrangiges Ziel unserer aktiven Deutschlandpolitik ist es, Freiheit und Achtung der Menschenrechte für unsere Landsleute in der DDR zu erreichen. Ungeachtet der prinzipiellen Gegensätze wollen wir den politischen Dialog mit der DDR fortsetzen und die Zusammenarbeit auf allen Ebenen ausbauen. Die DDR-Führung weiß, daß die Interessen der Menschen für uns Ausgangspunkt und Maßstab der innerdeutschen Politik sind.

In dem Leitanspruch bekennen wir uns zur gewachsenen Bedeutung und Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik. Wir müssen bei unseren Bürgern das Bewußtsein dafür stärken.

An den Prioritäten unserer Außen- und Sicherheitspolitik wird sich auch künftig nichts ändern: Sie wird auch in den kommenden Jahren aktive, weltweite Friedenspolitik sein, zugleich eine Politik der guten Nachbarschaft, und sie ist jederzeit den Menschenrechten verpflichtet.

Für die CDU sind es vor allem vier Felder, auf denen sich diese Außenpolitik auch in Zukunft bewähren muß:

- Europa ist unsere politische Zukunft. Nur durch einen konsequenten Ausbau der wirtschaftlichen sowie außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit bewahrt EG-Europa seinen Platz in der Weltpolitik. Nicht zuletzt im Europa-Kapitel stehen zukunftsweisende Aussagen, die alle Aufmerksamkeit verdienen.
- Die Festigung der Atlantischen Allianz und der Ausbau der Partnerschaft zwischen dem freien Europa und den USA

bleiben vorrangige Aufgaben deutscher und europäischer Politik. Nur gemeinsam werden wir den Frieden in Freiheit bewahren.

● Wir wollen Zusammenarbeit und Vertrauensbildung auf allen Ebenen mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Pakts. Die Veränderungen in diesen Staaten wollen wir dafür nutzbar machen.

● Unsere Zukunft hängt nicht nur von der Entwicklung in Europa oder vom Fortschritt im West-Ost-Dialog ab, sondern zunehmend davon, ob Frieden und Stabilität in der Dritten Welt gesichert werden können. Unsere Verantwortung für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte in der Dritten Welt wird deshalb im Leitantrag hervorgehoben.

Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes

Daß wir uns mit diesem Thema auseinandersetzen, ergibt sich für uns ganz natürlich aus unserem Selbstverständnis als christliche Demokraten. Wir bekennen uns zu einer wertorientierten Politik, die sittlichen Zielen und ethischen Normen verpflichtet ist.

Mit dem Leitantrag greift der Bundesvorstand der CDU wichtige Probleme in unserer Gesellschaft auf, die von einer besonderen moralischen und grundsätzlichen Bedeutung sind. Wir haben unsere Antworten auf der Grundlage unseres Verständnisses des christlichen Menschenbildes formuliert, entsprechend unserem Grundsatzprogramm von 1978.

Der Bundesvorstand legt mit dem ersten Kapitel seines Leitantrages ein umfassendes Programm zum Schutz des Lebens und der Würde des Menschen vor. In der langen und eindrucksvollen Aussprache zum Schutz des ungeborenen Lebens wurde deutlich, wie schwierig verantwort-

liche Entscheidungen zu den Fragen der ethisch gebotenen und zugleich möglichst wirksamen Maßnahmen sind.

Als christliche Demokraten fühlen wir uns in besonderer Weise verpflichtet, der Gefahr der Verfügbarkeit des menschlichen Lebens durch den medizinisch-technischen Fortschritt zu begegnen. Wir geben vor allem Antwort auf die neuen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Fortpflanzungsmedizin und der Gentechnologie stellen.

Die Bundesrepublik Deutschland steht in einem wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandel, dessen Bewältigung und Gestaltung über eine Legislaturperiode hinaus alle Kräfte erfordert. Die Soziale Marktwirtschaft, die ihr geistiges Fundament in der — zum Menschenbild des Christen gehörenden — Idee der verantworteten Freiheit hat, muß sich heute in der Aufgabe bewähren, die Position der Bundesrepublik Deutschland als modernen und humanen Industriestaat in den 90er Jahren zu sichern. Neue und zukunftssichere Arbeitsplätze setzen voraus, daß wir — auch mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt 1992 — international wettbewerbsfähig bleiben.

In unserer Sozialen Marktwirtschaft weist die Tarifautonomie zentrale arbeitsmarktpolitische Verantwortung den Arbeitgeber und Gewerkschaften zu. Der Leitantrag betont deshalb diese Verantwortung der Tarifpartner und fordert sie zu flexiblen und differenzierten Wegen in der Tarifpolitik im Interesse von Beschäftigten und Arbeitslosen auf.

Die CDU ist die Partei, die den unauflösbaren Zusammenhang zwischen erfolgreicher Wirtschafts- und Finanzpolitik und wirksamer Sozialpolitik beachtet. Mit ihrem Entwurf für eine kinderfreundliche Gesellschaft, in deren Mittelpunkt die Familie steht, und mit ihren Leitgedanken für eine humane Pflege älterer Men-

schen greift die CDU wichtige sozialpolitische Zukunftsaufgaben auf, die vor allem aus schwerwiegenden demographischen Umbrüchen erfolgen.

Der Leitantrag formuliert politische Maßnahmen, die wir in dieser Legislaturperiode verwirklichen werden, und politische Zielvorstellungen, die über diese Legislaturperiode hinausweisen.

Die CDU verspricht nicht mehr, als sie halten kann. Unser Leitantrag beweist

sowohl Augenmaß für das finanzpolitisch Machbare als auch die Kraft der CDU zur politischen Vision.

Ich bin sicher, daß die beiden Leitanträge eine gute Grundlage für die Beratungen des Bundesparteitages in Wiesbaden darstellen. Sie zeigen erneut, daß die CDU eine grundsatztreue, für die Anliegen der Menschen sensible und für die Herausforderungen unserer Zeit offene Partei ist.

Warum diskutiert die CDU?

Von Heiner Geißler

Was konnte man in Leitartikeln und kritischen Essays der letzten Wochen und Monate nicht alles über die CDU lesen: Sie habe eine unnötige Programmdiskussion vom Zaun gebrochen, um sich modernen Trends zu beugen, praktiziere einen neuen Populismus und huldige dem Zeitgeist.

Worum geht es eigentlich?

1. Soziale Marktwirtschaft, europäische Einigung, westliche Integration, Frieden und Freiheit, dynamische Rente — das waren in den 50er Jahren moderne Antworten einer großen Volkspartei auf neue Fragen. Zu diesen heute noch gültigen Antworten kommen aber neue Fragen, z. B. Fragen des Strukturwandels, der weltweiten Abrüstung, der westlichen Strategie gegenüber einem sich verändernden kommunistischen System, des Nord-Süd-Konfliktes, der Menschenrechte und der moralischen und politischen Bewältigung des technischen und medizinischen Fortschritts.

Zur Beantwortung dieser Fragen brauchen wir heute — wie in den 50er Jahren — Führungskraft und inhaltliche Qualität, die sich am Kompaß des christlichen Menschenbildes orientiert.

Als Regierungspartei ist es natürlich die wichtigste Aufgabe der CDU, die Arbeit des Bundeskanzlers und die Arbeit der Bundesregierung zu unterstützen. Und das tun wir. Aber die CDU hat auch die Aufgabe, über ihre Politik in den 90er Jahren nachzudenken, eine Politik, die über den Inhalt einer Regierungserklärung und einer Koalitionsvereinbarung hinausgeht.

2. Warum haben wir gerade die Themen „Unsere Verantwortung in der Welt“ und „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ als Themenschwerpunkte gewählt?

Die CDU ist die Partei Konrad Adenauers, und seit 1949 ist die CDU die Partei, die die Außenpolitik und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundlagen geprägt hat. Und da wir auch heute die entscheidende Regierungspartei sind, die durch die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers in der Außen- und Deutschlandpolitik besondere Verantwortung trägt, muß die CDU ihre außen- und deutschlandpolitische Kompetenz unterstreichen und bekräftigen. Die CDU unterstützt die aktive Deutschlandpolitik des Bundeskanzlers, die so viele Erfolge vorzuweisen hat. Im Leitantrag „Unsere Verant-

wortung in der Welt“ beschreiben wir die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik, formulieren unsere Sicherheits- und Abrüstungskonzeption und machen konkrete Vorschläge zur Europa und Entwicklungspolitik.

3. In dem Leitantrag „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ greifen wir neue Fragen unserer Gesellschaft auf, beantworten sie und beweisen damit unsere Sensibilität und Offenheit als moderne Volkspartei: Die Gentechnologie und Fortpflanzungsmedizin, der Schutz des ungeborenen Lebens, die neuen demographischen Tatsachen, nämlich die geringe Zahl der Kinder und wachsende Zahl älterer Menschen — vor allem der Hochbetagten und Pflegebedürftigen — und die Arbeitslosigkeit als strukturelles Problem.

4. Die CDU fühlt sich verantwortlich für diejenigen, deren Interessen nicht organisierbar sind: Ungeborenes Leben und Kinder, Kranke, Behinderte, Pflegebedürftige, sterbende Menschen bedürfen des besonderen Schutzes und der besonderen Unterstützung, weil sie in diesen Lebensphasen besonders hilfsbedürftig, wehrlos und abhängig sind. Alle diese Gruppen unserer Gesellschaft haben keine Lobby, und deshalb fühlt sich die CDU als Partei, die das „C“ im Namen führt, für sie besonders verantwortlich. Dies gilt auch für die Arbeitslosen, weil auch sie keine Lobby haben; denn es zeigt sich, daß die Tarifpartner in erster Linie auf die Interessen der Arbeitsplatzbesitzer und weniger auf die der Arbeitslosen Rücksicht nehmen.

5. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland als Wirtschafts- und Industriestandort für die Zukunft zu stärken und den Strukturwandel bewältigen zu können, ist es unsere Aufgabe, günstige staatliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Hauptverantwortung aber für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegt bei den Tarifpartnern.

6. Beim Schutz des ungeborenen Lebens will die CDU helfen statt strafen. Deshalb brauchen wir eine Bewußtseinsänderung zugunsten des ungeborenen Lebens, die durch eine umfassende Aufklärungsaktion mit ausreichenden Mitteln gefördert werden soll. Wir wollen die Beratung für werdende Mütter verbessern und die Hilfen für Mütter und Kinder ausbauen. Die CDU legt in ihrem Leitantrag eine geschlossene Konzeption für eine kinderfreundliche Gesellschaft vor und hat als einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland ein umfassendes Konzept für pflegebedürftige ältere Menschen entwickelt.

7. Die in den Leitanträgen angesprochenen Themen sind komplex und stellen hohe Anforderungen an die Partei. Und es ist klar, daß es in einer demokratischen Partei auch unterschiedliche Meinungen gibt. Das wäre ja merkwürdig, wenn es nicht so wäre, denn wo alle dasselbe denken, wird ohnehin nicht viel gedacht. In der bisherigen Auseinandersetzung hat die CDU Mut, Führungskraft, Prinzipientreue und inhaltliche Qualität bewiesen, und das hat mit Anpassung an den Zeitgeist oder Populismus und ähnlichem gar nichts zu tun.

8. Die CDU ist in den 70er Jahren nicht die Regierungspartei der 80er Jahre geworden, weil sie in die 50er Jahre zurückblickte, sondern weil sie frühzeitig Konzepte für die Bewältigung wichtiger Zukunftsaufgaben entwickelt hat, die wesentlich die Grundzüge unserer jetzigen Regierungspolitik bestimmen. Und so wollen wir es auch heute im Hinblick auf die 90er Jahre tun.

Die CDU diskutiert in einem geordneten Verfahren — offen, kontrovers, sachkundig — auf der Basis gemeinsamer Prinzipien. Die Beschlüsse des Wiesbadener Parteitages schließen diese Diskussion ab und sind dann verbindlich für die gesamte Partei.

Die vorläufige Tagesordnung des 36. Bundesparteitages

Der Bundesvorstand hat auf seiner Klausurtagung in Königswinter folgende vorläufige Tagungsfolge des 36. Bundesparteitages vom 13. bis 15. Juni 1988 in Wiesbaden beschlossen:

Montag, 13. Juni 1988

8.30 Uhr:

Ökumenischer Gottesdienst
St. Bonifatiuskirche

10.00 Uhr bis 12.30 Uhr:

1. Plenarsitzung

TOP 1: Eröffnung und Begrüßung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, MdB, Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

TOP 2: Wahl des Tagungspräsidiums

TOP 3: Beschlußfassung über die Tagesordnung

TOP 4: Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission

TOP 5: Wahl der Mandatsprüfungskommission

TOP 6: Wahl der Stimmzählkommission

TOP 7: Grußworte

TOP 8: Bericht des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, MdB und

TOP 14: Einführung zum Antrag des Bundesvorstandes: „UNSERE VERANTWORTUNG IN DER WELT“

12.30 Uhr bis 14.00 Uhr:

Mittagspause

14.00 Uhr bis 19.00 Uhr:

2. Plenarsitzung

TOP 10: Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger, MdB

TOP 11: Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion

des Europäischen Parlaments, Rudolf Luster, MdEP

TOP 12: Aussprache zu den Berichten

TOP 13: Bericht der Mandatsprüfungskommission

TOP 15: Beratung und Beschlußfassung des Antrages des Bundesvorstandes:

„UNSERE VERANTWORTUNG IN DER WELT“

20.00 Uhr: HESSEN-ABEND

Dienstag, 14. Juni 1988

9.00 Uhr bis 12.30 Uhr:

3. Plenarsitzung

TOP 7: Grußworte

TOP 15: evtl. Fortsetzung der Beratung und Beschlußfassung des Antrages des Bundesvorstandes: „UNSERE VERANTWORTUNG IN DER WELT“

TOP 9: Bericht des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Heiner Geißler, MdB und

TOP 16: Einführung zum Antrag des Bundesvorstandes: „POLITIK AUF DER GRUNDLAGE DES CHRISTLICHEN MENSCHENBILDES“

TOP 17: Beratung des Antrages

12.30 Uhr bis 14.00 Uhr:

Mittagspause

14.00 Uhr bis 18.30 Uhr:

4. Plenarsitzung

TOP 17: Fortsetzung der Beratung des Antrages

18.30 Uhr bis 19.00 Uhr: Pause

19.00 Uhr bis open end:

5. Plenarsitzung

TOP 17: Fortsetzung der Beratung und Beschlußfassung des Antrages des Bundesvorstandes: „POLITIK AUF DER

GRUNDLAGE DES CHRISTLICHEN MENSCHENBILDES“

Mittwoch, 15. Juni 1988**9.00 Uhr bis 13.00 Uhr:****6. Plenarsitzung**

TOP 18: „DIE CDU ALS MODERNE VOLKSPARTEI“

Einführung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU Deutschlands

TOP 19: Beratung und Beschlußfassung des Antrages

TOP 20: Neuwahl des Bundesparteigerichts der CDU für die Zeit vom

7. November 1988 bis 6. November 1992

TOP 21: Sonstige Anträge

TOP 22: Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands,

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, MdB

Hier noch einmal die unbedingt zu beachtenden Antragsfristen zu den Leit- anträgen des Bundesvorstandes:

20. April: Versand der Leit- anträge an die antragsberechtigten Gliederungen der Partei.**15. Mai:** Antragsschluß (antragsberech- tigt sind u. a. (Geschäftsordnung § 6 Abs. 1) die Landes- und Kreisverbände und die Bundesvereinigungen sowie die Exil-CDU**27. bis 29. Mai:** Versand der Antrags- broschüreDie Leit- anträge können auch über das **IS-Versandzentrum,****Postfach 1328,****4804 Vermold**

bezogen werden.

Leit- antrag: **Unsere Politik auf der Grund- lage des christlichen Menschenbildes**
Bestell-Nr.: **5072**

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 17,50 DM

Leit- antrag: **Unsere Verantwortung in der Welt** (christlich-demokratische Perspekti- ven zur Deutschland-, Außen-, Sicher- heits-, Europa- und Entwicklungspolitik)Bestell-Nr.: **5073**

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 17,50 DM

Die Preise verstehen sich inkl. Versand- kosten zuzüglich Mehrwertsteuer.

TERMINE

- 25. 4. *BV Ostwestfalen*
Bezirksvorstand, Paderborn
- 25. 4. *LV Rheinland-Pfalz*
Vorstand, Mainz
- 25. 4. *MIT Saar*
gem. Sitzung MIT Rheinland-
Pfalz/Saar, Saarbrücken
- 25. 4. *KPV Rheinland-Pfalz*
Vorstand, Mainz
- 25. 4. *LV Berlin*
Vorstand und Landesausschuß,
Berlin
- 26. 4. *CDA Saar*
Vorstand, Saarbrücken
- 26. 4. *CDA Rheinland-Pfalz*
Landesvorstand, Mainz
- 27./28. 4. *CDA-Bund*

Sozialsekretärskonferenz,
*Königswinter*28. 4. *Frauen-Union Bund*
Landesgeschäftsführerinnen-
*konferenz, Bonn*28. 4. *BV Ostwestfalen*
Kreisgeschäftsführertagung,
*Minden*28. 4. *LV Saar*
LFA „Europapolitik“,
*Saarbrücken*28. 4. *LV Bremen*
*Vorstand, Bremen*30. 4. *CDU Niedersachsen*
*Sonderparteitag, Osnabrück*30. 4. *KPV Hessen*
*Vorstand, Gießen*30. 4. *Frauen-Union Hessen*
Kreisvorsitzenden-Konferenz,
Gießen

Rita Süßmuth startet Aktion für flexiblere Öffnungszeiten in Kindergärten

Das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit hat in Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und der kommunalen Spitzenverbände eine Aktion zur Unterrichtung von Elternvertretungen, Trägern und Erzieherinnen in Kindergärten über flexiblere Öffnungszeiten gestartet. Das Bundesministerium finanziert das Elterntaxi der in zweifacher Ausfertigung (insgesamt in einer Auflage von 55.000 Exemplaren) an die Kindergärten versandten „Empfehlungen und Hinweise zur bedarfsgerechten Gestaltung von Öffnungszeiten in Kindergärten“.

Ziel dieser Aktion ist es, die Eltern in den Informationsfluß über die Möglichkeiten flexibler Öffnungszeiten einzubeziehen, damit sie gemeinsam mit den Trägern und den Erzieherinnen nach flexibleren und bedarfsgerechteren Lösungen suchen können.

Bundesfrauenministerin Süßmuth hatte Anfang 1986 angeregt, die Öffnungszeiten von Kindergärten bedarfsgerechter zu gestalten. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege und die kommunalen Spitzenverbände hatten diese Anregung aufgenommen und „Empfehlungen und Hinweise zur bedarfsgerechten Gestaltung von Öffnungszeiten in Kindergärten“ erarbeitet.

Die Empfehlungen enthalten sieben Thesen zur bedarfsgerechten Gestaltung von Öffnungszeiten. Sie geben Hinweise, wie ein Bedarf an flexibleren Öffnungszeiten festgestellt werden kann und zeigen anhand konkreter Beispiele, welche Aus-

wirkungen bedarfsgerechte Angebote auf Rahmenbedingungen und Organisation einer Einrichtung haben. Nach Auffassung von Bundesministerin Süßmuth sollen die Empfehlungen eine neue Runde in der Diskussion um flexiblere Öffnungszeiten von Kindergärten eröffnen, vor allem komme es darauf an — und das sei auch Ziel dieser Aktion —, daß sich Eltern aktiv in den Diskussionsprozeß einschalten sollten. Frauenministerin Süßmuth wies darauf hin, daß eine Umgestaltung von Öffnungszeiten zwar umgeschichtet, aber nicht ausgeweitet würden.

Mitgliederwerbung Seminar für Aktionsleiter in Bonn

Weiterentwickelt haben sich die Seminare für Aktionsleiter im Bereich Mitgliederwerbung. Die Intensivschulungen gehen inzwischen weit über die reine Vermittlung von erfolgreichen Werbemethoden hinaus:

- Aktive, öffentlichkeitswirksame Verbandsarbeit
- Intensives Sprach- und Redetraining mit Videoeinsatz
- Ausführlicher Erfahrungsaustausch
- Aktuelle politische Information
- Konkrete Werbeaktionen.

Die Anmeldung erfolgt nach Absprache mit dem jeweiligen Kreisverband bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle z.Hd. Herrn Ralf Firmenich Konrad-Adenauer-Haus 5300 Bonn 1 Telefon (0228) 544-371

Außenpolitischer Kongreß

Unsere Verantwortung in der Welt

Zukunftsperspektiven ihrer Außenpolitik diskutierte die Christlich Demokratische Union Deutschlands auf ihrem außenpolitischen Kongreß am 14. April 1988 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Der Kongreß verdeutlichte den festen Willen der CDU, neue Chancen für ein Zusammenleben der Völker in Frieden und Freiheit mit Tatkraft und Realismus zu nutzen, Zukunft zu gestalten und die West-Ost-Beziehungen nicht nur auf Probleme der Sicherheit und Abrüstung zu verengen. Die Veranstaltung, an der unter anderem Bundespräsident Richard von Weizsäcker sowie die Botschafter der USA und der Sowjetunion, Richard Burt und Julij Kwizinskij, teilnahmen, fügte sich in die innerparteiliche Diskussion über Aufgaben und Ziele christlich-demokratischer Außenpolitik im Vorfeld des Bundesparteitages 1988 in Wiesbaden.

Bundeskanzler Helmut Kohl nannte in seiner Eröffnungsrede vier Felder, auf denen sich die Außenpolitik der CDU Deutschlands auch in Zukunft bewähren müsse:

- beim konsequenten Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas;
- bei der Festigung der Atlantischen Allianz und der Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika;
- in der Verständigungspolitik mit der Sowjetunion und den Staaten Ost- und Südosteuropas;
- in unserer Verantwortung für das Schicksal der Länder der Dritten Welt.

Entschiedene Absage erteilte der Parteivorsitzende allen Vorstellungen eines deutschen Sonderweges zwischen Ost und West. Die deutsche Frage könne nur im Rahmen einer Friedensordnung gelöst werden, die auf Gewaltverzicht, Selbstbestimmung und Achtung der Menschenrechte gegründet sei, nicht aber im nationalen Alleingang über einen deutschen Sonderweg oder die Neutralisierung Deutschlands. Unterstützt wurde der Parteivorsitzende von Generalsekretär Heiner Geißler, der darauf verwies, daß die CDU an ihrem Ziel festhalte, eine stabile Friedensordnung in Europa zu schaffen, in der das deutsche Volk sein Selbstbestimmungsrecht ausüben könne und dafür Verständnis und Unterstützung der Nachbarn brauche.

Zur Entwicklung in der Sowjetunion erklärte Heiner Geißler, daß die sowjetische Politik durch die neue Führung in Moskau in Bewegung geraten sei und daß die CDU die begonnene Politik der inneren Erneuerung ernst nehme. Heiner Geißler: „Wir beobachten die Entwicklung in der Sowjetunion und in den anderen Staaten Osteuropas, die sich dem Reformkurs angeschlossen haben, mit Aufmerksamkeit und Sympathie. Wir werden die Umgestaltungspolitik daran messen, inwieweit sie Würde und Rechte der Menschen achtet, individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und Freiräume eröffnet und inwieweit sie die Lebensbedingungen der Menschen verbessert. Der Lackmusestrich für die wirtschaftliche und politische Veränderung des sowjetischen Systems wird zum Beispiel auch darin bestehen, ob die Sowjetunion ihre konventionelle Aufrüstung beendet und ihre

Kanzler verurteilte Anschlag gegen Jüdisches Gemeindezentrum

Bundeskanzler Helmut Kohl und der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, führten in Bonn ein ausführliches Gespräch nach der Amtsübernahme von Herrn Galinski. Der Bundeskanzler und der Vorsitzende des Zentralrates der Juden haben bei dem Gespräch ihre Absicht bekundet, weiterhin enge und vertrauensvolle Beziehungen zwischen der Bundesregierung und dem Zentralrat der Juden in Deutschland zu pflegen, in dessen Verlauf Heinz Galinski seine Bestürzung über den jüngsten Anschlag auf das Jüdische Gemeindezentrum in Frankfurt am Main zum

konventionelle Überrüstung entscheidend abbaut.“

Die Politik der Perestroika in der Sowjetunion, so der Generalsekretär weiter, und die gleichgerichteten Entwicklungen in anderen Staaten des Warschauer Paktes eröffnen neue Perspektiven für den schrittweisen Abbau der Gegensätze zwischen Ost und West. Möglicherweise liege eine Chance mit historischer Tragweite vor, die genutzt werden müsse, um langfristig die Teilung unseres Kontinents zu überwinden. Die CDU wolle ein Europa ohne Zäune, ohne vernagelte Türen und ideologische Barrieren, ein Europa der guten Nachbarschaft. An solch einem Bau des „Gemeinsamen Hauses Europa“ werde die CDU tatkräftig mitwirken. Eine solche aktive Ostpolitik sei aber nur auf der Grundlage einer festen Verankerung im westlichen Bündnis möglich.

Der UID wird den Kongreß in seinen nächsten Ausgaben ausführlicher dokumentieren.

Ausdruck brachte. Bundeskanzler Helmut Kohl verurteilte nachdrücklich die Anwendung von Gewalt gegen das Jüdische Gemeindezentrum; er versicherte, daß die verantwortlichen Behörden alles tun werden, um den Schutz jüdischer Einrichtungen zu gewährleisten.

Markt ist besser

Die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU dringt auf weiteren Subventionsabbau. Bei Vorstellung des Jahrbuchs 88 sagte der Bundesvorsitzende Elmar Pieth, Subventionen sollten nur dann weiter fließen, wenn es um einen Nachteilsausgleich gehe, wenn in Katastrophenfällen Hilfe notwendig werde, oder wenn es um die Beschleunigung des Strukturwandels gehe. Abzulehnen seien aber reine Erhaltungssubventionen, die den Strukturwandel behinderten, aber letztlich nicht aufhalten könnten. Im Jahrbuch der Mittelstandsvereinigung mit dem Titel „Markt ist besser“ haben führende Vertreter der Bundesregierung, der Union und der Wirtschaft Beiträge zum Thema Subventionen veröffentlicht.

Hupka und Lowack

Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, MdB Herbert Hupka, ist von der Bundesdelegiertenversammlung — Schlesische Landesvertretung erneut in seinem Amt bestätigt worden. Der CDU-Politiker, der bereits seit 1968 der Landsmannschaft Schlesien vorsteht, wurde damit zum elften Male wiedergewählt.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Ortwin Lowack, außen- und deutschlandpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, ist zum neuen Präsidenten der Bundesdelegiertenversammlung gewählt worden. Der gebürtige Gleiwitzer wurde Nachfolger des hessischen Innenministers Gottfried Milde, der dieses Amt seit 1980 innehatte.

Klaus Töpfer:

Unser Ziel: Sport für alle in einer intakten Umwelt

Sport für alle in einer intakten Umwelt zu ermöglichen, ist die Maxime, die der Konzeption der CDU-geführten Bundesregierung zum dauerhaften Interessenausgleich zwischen Sport und Umwelt zugrunde liegt. Daß auf diesem Gebiet bereits große Fortschritte erzielt wurden, geht aus dem Bericht „Sport und Umwelt“ hervor, den das Bundeskabinett vergangene Woche verabschiedet hat. Mit Befriedigung stellt Bundesumweltminister Klaus Töpfer fest, daß der früher zum Teil heftig geführte Streit um Privilegien für die eine oder andere Seite mittlerweile der Vergangenheit angehört. Eine Vertiefung des Verständnisses zwischen Umweltschützern und Sportlern verspricht sich Klaus Töpfer auch von dem diesjährigen Tag der Umwelt. Er steht unter dem Motto: „Freizeit gestalten — Umwelt erhalten“.

Der vom Bundesumweltminister jetzt vorgelegte Bericht ist eine Antwort auf die in den letzten Jahren aus Kreisen des Sports geäußerte Sorge, daß die Sportausübung — vor allem im innerstädtischen Bereich — aufgrund verstärkter Umweltschutzbemühungen unangemessen behindert werden könnte. Tatsächlich sind diese Sorgen inzwischen bereits weitgehend von der Realität überholt. Denn: Das Verständnis von Umweltschützern und Sportlern für die Notwendigkeit gegenseitiger Rücksichtnahme und Toleranz ist in den vergangenen Jahren auf beiden Seiten gewachsen. Heute wird anerkannt, daß es **nicht um Sport oder Umwelt, son-**

dern um ein friedliches Nebeneinander von Sport und Umwelt geht.

Gemeinsame Lösung beim Schallschutz

In diesem Zusammenhang ist insbesondere zu begrüßen, daß die Immissions-schutzbehörden der Länder und die Verantwortlichen des Sports eine gemeinsame Lösung für die Bewertung der im Wohnumfeld von Sportanlagen ausgehenden Geräusche gefunden haben. Den Genehmigungsbehörden sind damit erstmals — auf die Besonderheit von Sportgeräuschen zugeschnittene — Beurteilungsrichtlinien an die Hand gegeben worden, die sicherlich auch zur Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten zwischen Anwohnern und Sportanlagenbetreibern beitragen werden.

Wichtige Voraussetzung hierfür ist die Vermeidung von Fehlplanungen. Denn bei vorausschauender Planung brauchen Konfliktsituationen zwischen dem Ruhebedürfnis von Innenstadtbewohnern und lärmintensiven Sportarten gar nicht erst zu entstehen, insbesondere dann, wenn Gemeinden und die Betreiber von Sportanlagen zusätzliche Anstrengungen zur Verbesserung des aktiven und passiven Schallschutzes an vorhandenen Sportanlagen vornehmen. Durch die Entwicklung beispielhafter Sanierungskonzepte im Rahmen von Modellvorhaben bietet der Bund hierbei seine Hilfe an.

Natur schützen durch umweltfreundliche Sportarten

Wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre im Bereich Sport und Umwelt ist die Vor-

EAK will zur besseren Verständigung zwischen Kirche und Politik beitragen

Auf Einladung des Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises, Staatsminister Albrecht Martin, trafen sich am 14. April 1988 evangelische Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion zu einem Meinungsaustausch in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz.

Angesichts einer zunehmenden kirchlichen Entfremdung und einer gleichzeitig wachsenden Polarisierung und Aufsplitterung im protestantischen Bereich möchte der EAK mit solchen Gesprächen, die zukünftig wieder regelmäßiger stattfinden sollen, zu einer besseren Verständigung zwischen Kirche und Politik beitragen.

Im Vordergrund der Begegnung standen nicht nur der Erfahrungsaustausch, sondern auch Überlegungen zur Intensivierung der Arbeit christdemokratischer Mandatsträger im kirchlichen Bereich. Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer darin, daß künftig der Einfluß protestantischer Grundüberzeugungen auf die Politik der Union auch gegenüber der Kirche in noch stärkerem Maße deutlich gemacht werden muß.

Im Hinblick auf die 29. EAK-Bundestagung am 7./8. Oktober 1988 in Bonn und den Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 7. bis 11. Juni 1989 in Berlin wurde vereinbart, den Informationsaustausch zu verbessern.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)
sorge für ein friedliches Nebeneinander von Sport und Umwelt in der freien Natur. Angesichts zunehmender Freizeitaktivitäten einer Vielzahl von Menschen geht es jetzt vor allem darum, auch der Natur Schutz- und Ruheräume zu reservieren und mehr denn je umweltverträgliche Sportarten zu fördern. In diesem Zusammenhang ist auch die Sportgeräteindustrie aufgefordert, bei der Konzeption neuer Sportgeräte mögliche negative Auswirkungen auf Umwelt und Natur mitzubedenken. Sanfte und umweltschonende Sportarten müssen neu entwickelt und die für die Sportausübung notwendige Infrastruktureinrichtungen so umweltverträglich wie möglich gestaltet werden.

Um ein breites Verständnis für die not-

wendige Umweltvorsorge sowie die Schonung und Erhaltung der natürlichen Lebensräume bei der Planung von Sportanlagen zu wecken, ist vor allem die frühzeitige Information und Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger notwendig. In diesem Zusammenhang sind die intensiven Bemühungen der Sportverbände im Bereich der Umweltaufklärung und -information ausdrücklich zu begrüßen. Eine gute Gelegenheit dazu bietet auch der diesjährige Tag der Umwelt, der unter dem Motto „Freizeit gestalten — Umwelt erhalten“ steht. Hier gilt es, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um über den Kreis der in Vereinen organisierten Sportler hinaus das Verständnis für die Schutzbedürftigkeit der Natur auch bei den zahlreichen ungebundenen Freizeitsportlern zu vertiefen.

Der Tyrannei des Status quo muß eine Absage erteilt werden

Aus Anlaß eines Gesprächs im Bundesfachausschuß „Wirtschaftspolitik“ der CDU in Bonn über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik Deutschland erklären der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Dr. Alfred Herrhausen, und die Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Wirtschaftspolitik“ der CDU, Christa Thoben, MdL:

Die Position des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik Deutschland im internationalen Wettbewerb ist noch nicht gefährdet, aber es ist ein Prozeß im Gange, der zu einer Verschiebung führen könnte. Dies zu verhindern und für gute Standortbedingungen zu sorgen, ist gemeinsame Aufgabe von Politik, Unternehmen und Tarifparteien.

Chancen für eine positive Zukunftsgestaltung stehen gut, wenn alle Beteiligten der Tyrannei des Status quo eine entschiedene Absage erteilen. Politik und Wirtschaft müssen mit einer breiten Aufklärung eine positive Einstellung der Bürger zum Strukturwandel schaffen. Mangelnder Mut zur Struktur Anpassung bedeutet nicht nur eine Gefahr für den Standort Bundesrepublik Deutschland im internationalen Wettbewerb, sondern auch eine Gefahr für Arbeitsplätze.

Die Zukunft zu sichern, erfordert mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt. Hier liegt eine große Verantwortung der Tarifpartner, tarifpolitisch die Standortbedingungen der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern.

Zur Förderung und Verbesserung des Strukturwandels und damit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bun-

desrepublik Deutschland bedarf es auch eines konsequenten Abbaus von Subventionen, weil Subventionen Struktur Anpassungen und die Entstehung von neuen Arbeitsplätzen in zukunfts-trächtigen Wirtschaftszweigen verhindern.

Im internationalen Wettbewerb um Standortbedingungen haben Steuersysteme eine entscheidende Bedeutung. Deshalb ist in der nächsten Legislaturperiode eine umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung erforderlich, die die internationalen Gegebenheiten berücksichtigt und zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen entscheidend beiträgt.

Ebenso müssen die Lohnnebenkosten begrenzt werden und zwar auch durch eine umfassende Reform des Gesundheitswesens und eine Reform der Rentenversicherung, die die demographischen Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt. Dazu gehört auch, die sozialen Leistungen auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren, so daß es nicht zu einer ungerechtfertigten Belastung derjenigen kommt, die das Sozialsystem finanzieren.

Alle am Wirtschaftsleben Beteiligten müssen ihre spezifische Verantwortung wahrnehmen: Der Staat für die Herstellung und Sicherung guter Rahmenbedingungen, die Tarifparteien für mehr Flexibilität und Differenzierung in der Tarifpolitik, die Unternehmer für gute Produkte und Dienstleistungen sowie ein gesellschaftspolitisches Engagement. Erfolgreiche Unternehmen sind nicht nur Quelle des Wachstums, sondern auch die besten Garanten für zukunfts-sichere Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit.

CDU – Partei der Zukunft

Die CDU ist die richtige Partei für die Zukunft Schleswig-Holsteins. Dies wurde auf dem offenen Landesparteitag am 16. April in Neumünster deutlich, bei dem sich die Union mit den wichtigsten Zukunftsfragen des Landes befaßte. Diskussionen in fünf Foren, eine programmatische Rede des Spitzenkandidaten Heiko Hoffmann und grundlegende Ausführungen des CDU-Landesvorsitzenden, Gerhard Stoltenberg, machten den Willen der Union deutlich, die politische Führung in Schleswig-Holstein auch nach dem 8. Mai zu übernehmen.

Gerhard Stoltenberg machte deutlich, daß es eine ständige Aufgabe der Partei sei, politische Programmatik zu erörtern und zu formulieren. Mit dem Parteitag in Neumünster öffnete sich die Union stärker über den Kreis der Delegierten hinaus für Parteifreunde und auch für parteilose Bürgerinnen und Bürger. Unter den Gästen des Landesparteitages begrüßte Gerhard Stoltenberg vor allem auch Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle und die hessische Landwirtschaftsministerin Irmgard Reichardt.

Als Gast nahm u. a. auch der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Tyll Necker, am Parteitag teil. CDU-Spitzenkandidat Heiko Hoffmann machte deutlich, daß die CDU nicht mit alten Rezepten, sondern mit neuen Antworten die großen Herausforderungen der Zukunft bewältigen wolle. Als große Volkspartei sei die CDU zunächst für die Allgemeinheit, nicht aber für die Vertretung von Gruppeninteressen da.

Bei allem Sachverstand und allem Engagement in den eigenen Reihen brauche die CDU aber auch den Rat und die kritische Begleitung der Menschen, die in Vereinigungen und Verbänden, in Kam-

mern, Wirtschaft und Gewerkschaften Verantwortung tragen.

Deshalb habe er in seine Führungsmannschaft auch Persönlichkeiten berufen, die über große berufliche Erfahrung und langjähriges Engagement verfügen. Mit der Verbindung aus der großen Erfahrung und der Kompetenz der Mitglieder des Kabinetts und der Fraktion werde die CDU die erfolgreiche Politik fortsetzen und die Zukunft des Landes gestalten. Heiko Hoffmann stellte noch einmal seine Führungsmannschaft vor, in die er Erika Emmerich, Hedda Meseke, Rudolf Luther, Fritz Süverkrüp, Günter Flessner, Klaus Kribben, Eberhard DallAsta, Peter Bendixen, Ursula Gräfin von Brockdorff und Karl Eduard Claussen berufen hat.

Fußend auf den Erfolgen der letzten Jahre sei die CDU in der Lage, auch die Zukunft des Landes zu gestalten, sagte Hoffmann. So habe sich die Zahl der Beschäftigten seit 1984 um 30.000 erhöht. Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit seien 17.000 Arbeitsplätze gefördert worden. Mit einem Minus von 6,2 Prozent habe Schleswig-Holstein im März den stärksten Rückgang in der Arbeitslosenquote unter allen Bundesländern. Schleswig-Holstein habe weniger Arbeitslose als alle SPD-regierten Länder.

Zum Bild der Union als einer offenen und reformfähigen Partei gehöre es, daß sie Veränderungen in der Gesellschaft früher als andere begreife, offen und frei berate und mutig und entschlossen in Politik umgesetzt habe.

Zum neuen Anfang der CDU in Schleswig-Holstein gehöre es, wieder über Leistung und Zukunft zu reden. Vertrauen gewinne nur der, der auch an sich selber glaube. Zukunft gestalte nur der, der sich auch selbst Zukunft gebe.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Senioren-Union gegründet: Gerhard Braun Vorsitzender

Als erste Partei hat die CDU eine Senioren-Union als selbständige Vereinigung gegründet. Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Kohl, und Generalsekretär Geißler werteten die Gründungsversammlung als wichtiges Ereignis für die Partei.

Helmut Kohl wies darauf hin, daß sich das Bild der älteren Generation gewandelt habe. Er plädierte für einen flexiblen Übergang in den Ruhestand. Viele empfänden die heute gültigen Altersgrenzen als zu starr und willkürlich. Heiner Geißler erklärte, er hoffe, daß durch die Senioren-Union „ordentlich Unruhe“ in die Partei komme. Die CDU brauche Rat und Erfahrung der älteren Generation. Mit großer Mehrheit wählten die 300 Delegierten den bisherigen Seniorenbeauftragten der CDU, Gerhard Braun (64), zum Vorsitzenden. Die Senioren-

Union zählt nach seinen Angaben bisher 40.000 Mitglieder. Sie hofft, noch in diesem Jahr auf 100.000 zu kommen und damit eine der mitgliederstärksten unter den acht CDU-Vereinigungen zu werden. Braun sagte, Politik für die Älteren sei heute nicht mehr die bloße Sozialpolitik. Die Senioren wünschten Möglichkeiten der Mitgestaltung.

Deshalb sollen vor allem:

- Weiterbildungsmöglichkeiten im Alter ausgebaut werden,
- neue Möglichkeiten der gesellschaftlichen Mitwirkung vor allem auf kommunaler Ebene geschaffen werden,
- mehr Möglichkeiten geboten werden, das Erfahrungswissen der älteren Generation an die jungen Mitbürger weiterzugeben und den Dialog der Generationen zu fördern.

UiD

12/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjens. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.